



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Dr. Sepp Dürr, Jürgen Mistol BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Opfer von Diskriminierung und rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt unterstützen III – Beitritt Bayerns zur „Koalition gegen Diskriminierung“

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, der von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes initiierten „Koalition gegen Diskriminierung“ beizutreten.

Begründung:

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) will mit der „Koalition gegen Diskriminierung“, nach eigenen Angaben, Länder und Kommunen als Partner für die Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft gewinnen und sich gemeinsam mit ihnen gegen Benachteiligungen von Menschen stark machen. Die teilnehmenden Partner verpflichten sich, dem Diskriminierungsschutz größere Aufmerksamkeit zu widmen und diesen als politische Aufgabe zu verankern.

Die „Koalition gegen Diskriminierung“ ist Teil der bundesweiten Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft, die die Antidiskriminierungsstelle im Februar 2011 gestartet hat. Im Rahmen dieser Offensive fördert die Antidiskriminierungsstelle des Bundes deutschlandweit Beratungsstellen und verstärkt ihre Öffentlichkeitsarbeit.

Bislang sind, laut Auskunft der ADS, die Bundesländer Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Thüringen der „Koalition gegen Diskriminierung“ beigetreten. Als elftes Bundesland hat kürzlich Sachsen angekündigt, der „Koalition gegen Diskriminierung“ beizutreten. Die Regierungschefs der Länder haben mit ihrer Unterschrift ein Zeichen gegen Diskriminierung gesetzt. Sie möchten unter anderem dafür Sorge tragen, für das Thema Diskriminierungsschutz zu sensibilisieren und es als Querschnittsaufgabe politisch zu verankern. Zuletzt trat Hessen – wie im Koalitionsvertrag zwischen Bündnis 90/Die Grünen und CDU vereinbart – der „Koalition gegen Diskriminierung“ bei. Ministerpräsident Volker Bouffier sicherte bei der Unterzeichnung der hessischen Absichtserklärung „Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft“ im März 2014 zu, Hessen wolle die Rahmenbedingungen weiter verbessern, um eine Kultur des wechselseitigen Respekts und der Wertschätzung gesellschaftlicher Vielfalt zu entwickeln: „Durch unseren Beitritt setzen wir ein deutliches Zeichen für Diskriminierungsschutz, Chancengleichheit, Toleranz und Vielfalt“, sagte er (http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Aktuelles/DE/2014/Absichtserklaerung_Hessen.html?nn=4192942). Ein vergleichbares Zeichen bleibt die Bayerische Staatsregierung bis heute schuldig. Trotz mehrfacher Anfragen durch die ADS hat sie bisher keine Bereitschaft signalisiert, der „Koalition gegen Diskriminierung“ beizutreten. Auch die Zuständigkeit für eine ressortübergreifende Antidiskriminierungspolitik innerhalb der Staatsregierung ist bis heute ungeklärt. Um hier für Klarheit zu sorgen und die Vernetzung mit den anderen Bundesländern und der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zu stärken, ist die Staatsregierung deshalb aufgefordert, der von der ADS initiierten „Koalition gegen Diskriminierung“ beizutreten.